

original: BRF

p.B. 72.9.15.1. (21)

kopien : brf kjp dd sin rue dy sbl kt pb sru pgf fe  
 ax aj ay ma em gt jh hr JAC

paris 23.06.89 1725

223 hhhhh

fuer: - bundesrat felber

kopie: - staatssekretaer jacobi  
 - botschafter schenk, ksze-dienst  
 - information und presse  
 - ddip, voelkerrechtsdirektion  
 - politische abteilung 1

ksze: konferenz ueber die menschliche dimension (kmd),  
 pariser treffen, 30. mai - 23. juni 1989

Vorlaeufige bilanz

am 23. juni 1989 ist in paris nach vierwoechiger dauer das erste treffen der kmd zu ende gegangen. das treffen hat seinen zweck in verschiedener hinsicht erfuehrt:

- es hat gelegenheit geboten, eine erste bilanz bezueglich die einhaltung der in wien eingegangenen verpflichtungen zu ziehen. diese bilanz zeigt deutlich, dass gewisse fortschritte zu verzeichnen sind, dass aber noch grosse anstrengungen erforderlich sind, um den im wiener dokument enthaltenen bestimmungen gerecht zu werden. solange ein solches durchfuehrungsdefizit bestehender verpflichtungen festzustellen ist, kann die verabschiedung neuer massnahmen nur auf einer schwachen basis beruhen.
- das treffen hat es der schweizerischen delegation erlaubt, bei verschiedenen delegationen sich fuer die loesung humanitaerer faelle einzusetzen (DDR, CSSR, UdSSR, Rumaenien, Jugoslawien. details folgen im schlussbericht). davon konnten rund ein drittel geloest werden.
- das pariser treffen hat zudem den rahmen geboten, durch die einbringung formeller vorschlaege das terrain fuer neue, in die zukunft gerichtete ideen und massnahmen vorzubereiten und auf deren potentielle konsensfaehigkeit hin zu testen. die treffen in kopenhagen 1990 und in moskau 1991 werden gelegenheit bieten, diese vorschlaege weiterzuverfolgen.

./.

24.06.89 08.40h -t- cf



die debatten waren im vergleich zu frueheren jahren sachlich. insbesondere die sowjetunion versucht nicht mehr, fragen betreffend die achtung von grundfreiheiten mit gegenfragen bezueglich wirtschaftliche und soziale rechte zu beantworten. sie gab im gegenteil auskunft ueber gesetzesrevisionen und zeichnete sich durch medienwirksame interventionen aus, vorgetragen durch die unterschiedlichsten repraesentanten der sowjetischen gesellschaft, wie etwa der ersten astronautin oder einem metropoliten. meist kritisiertes land war rumaenien. aber auch die ddr hatte einen schweren stand. diese beiden laender bedienten sich zudem einer "langue de bois", wie sie bei den andern laendern osteuropas kaum mehr gebraucht wird.

der konflikt zwischen den allianzpartnern ungar und rumaenien wurde in den sitzungen offen ausgetragen. regelmæssige generalattacken ritt zudem die tuerkei gegen bulgarien. auch wenn die haltung bulgariens gegenueber der tuerkischen minderheit durch verschiedene andere laender der nato und der n/n ebenfalls verurteilt wurde, hat die solidaritaet innerhalb der nato zur folge, dass sich (abgesehen von bulgarien natuerlich) nur zwei neutrale (schweiz und schweden) gefunden haben, die auch auf die misstaende in der tuerkei hingewiesen haben. erwaehenswert ist noch, dass trotz bekannter menschenrechtsverletzungen jugoslawien nie kritisiert wurde.

insgesamt sind 36 formelle vorschlaege eingebracht worden. die schweiz hat einen vorschlag unterbreitet, dem sich 12 weitere laender aus allen 3 gruppen als miteinbringer angeschlossen haben (brd, finnland, frankreich, kanada, liechtenstein, oesterreich, portugal, schweden, ungar, san marino, spanien, usa). beim schweizerischen vorschlag handelt es sich, im sinne einer vertrauensbildenden massnahme, um die entsendung von beobachtern an prozesse. die schweiz hat zudem 4 weitere vorschlaege als ko-autor unterstuetzt und zwar bezueglich

- abschaffung von ausreisegenehmigungen
- recht auf foerderung der menschenrechte
- zugang von journalisten und ngos zu den sitzungen der kmd
- abschaffung der todesstrafe.

auffallend war das bestreben ungarns, sich moeglichst vielen vorschlaegen anzuschliessen, die nicht oestlichen ursprungs sind. polen war diesbezueglich viel zurueckhaltender. der anlaesslich der eroeffnungsrede von am schewardnadze lancierte "begriff" des "gemeinsamen europaeischen rechtsraumes" hat waehrend des pariser treffens kaum klare konturen bekommen. einzige beitraege der udssr zu diesem thema waren vorschlaege betreffend die "humanisierung der konsularischen beziehungen", die zusammenarbeit zwischen den parlamenten sowie ein mit dem gastland frankreich miteingebrachter vorschlag, der langfristig die "annaeherung und harmonisierung der gesetzgebungen und institutionen" der 35 teilnehmerstaaten der ksze vorsieht. solch grossartige rhetorik findet ihre relativierung in der feststellung, dass es der udssr (und ausser ungar keinem anderen staat osteuropas) in paris nicht moeglich war, zwei vorschlaege der eg bezueglich versammlungs- und meinungsfreiheit zu unterstuetzen, vorschlaege, die nach ansicht der

schweizerischen delegation bescheiden waren. andere erhaltenswerte vorschlaege, die insbesondere dazu angetan sind, dem zukuenftigen 'gemeinsamen europaeischen haus' das richtige fundament zu verschaffen, betreffen den rechtsstaat (f), die rule of law (gb) sowie den von den usa

eingebraachten vorschlag betreffend die abhaltung freier wahlen sowie gewisse regeln des politischen pluralismus. ein weiterer vorschlag, der breiteste unterstuetzung aus ost, west und der gruppe der n/n erhalten hat, fordert die einfuehrung eines ersatzdienstes fuer dienstverweigerer.

nachdem es in paris nicht darum ging, ein schlussdokument zu verabschieden, kam die gruppe der n/n gar nicht dazu, ihre traditionelle rolle als vermittler von kompromissformeln zu spielen. dennoch haben sich absprachen sowohl zu taktischen fragen wie auch in der substanz insbesondere zwischen den vier neutralen und liechtenstein auf natuerliche weise ergeben. jugoslawien hingegen war zwar numerisch mit einer grossen delegation vertreten, von der substanz her jedoch aeusserst zurueckhaltend. es hat keinen vorschlag eingebracht und auch keinen unterstuetzt. auch hier wird, wie schon am informationsforum in london, offensichtlich, dass die entwicklung in ungarland zur folge hat, dass dieses land in seiner kooperationskapazitaet inzwischen offener ist als jugoslawien, was fuer den zukuenftigen handlungsspielraum der n/n nicht unproblematisch werden kann. umgekehrt ist auch der warschauer pakt mit zwei so unterschiedlichen mitgliedern wie rumaenien und ungarland in seiner aktionsfaehigkeit als gruppe gerade in einem thema wie menschenrechte stark behindert.

trotz den bemuehungen der franzoesischen delegation kam kein communique (gescheitert v.a. an rumaenien und der tuerkei) zustande. dies darf nicht als misserfolg gewertet werden, da fuer fuenf monate nach wien kaum jemand mit der verabschiedung eines substantiellen dokumentes gerechnet hat. im uebrigen war paris nur das erste von dreij treffen.

godet

ambasuisse